

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 61. Ratssitzung vom 9. September 2015**

### **1247. 2015/173**

#### **Dringliche Interpellation der Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 03.06.2015: Missbräuchliche Mietverhältnisse bei Sozialhilfebeziehenden und Working Poor, Situation bezüglich der Versorgung der Armutsbetroffenen mit zumutbarem Wohnraum sowie Massnahmen zur Verhinderung von missbräuchlichen Mietver- hältnissen und zur Unterstützung der betroffenen Personen**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Interpellation (STRB 763 vom 2. September 2015).

**Walter Angst (AL)** nimmt Stellung: *In Zürich verdienen sich einzelne Vermieter auf dem Buckel von städtischen Sozialhilfeempfängern und von Flüchtlingen eine goldene Nase. Die Stadt senkt nicht die Mietzinslimiten oder reicht Wochenklagen ein. Es werden auch nicht Sozialhilfeempfänger entmündigt, indem ihnen gesagt wird, dass sie gegen ihre Vermieter klagen müssen. Die Mieterinnen und Mieter haben selber eigentlich gar kein Interesse, gegen Missbrauch und Abzocke vorzugehen, denn alles, was sie an Rückzahlung bekommen, wird als erstes von der Sozialkasse abkassiert. Die Betroffenen haben selber gar nichts von der Massnahme, ausser vielleicht mittelfristig eine etwas bessere Wohnsituation. Ich hoffe, dass das Sozialdepartement Wege und Anreize findet, die für die Betroffenen zu einer Verbesserung der Situation in den bestehenden Mietverhältnissen führt. Es wäre wichtig, in den Sozialräumen, die in den Sozialzentren bewirtschaftet werden, Netzwerke zu intensivieren, z. B. mit der Liegenschaftsverwaltung, den gemeinnützigen Wohnbauträgern und den Wohnungsvermietern der Stadt. Dabei sollte diskutiert werden, ob es nicht Möglichkeiten gibt, durch eine Begleitung im Sinne einer Wohnintegration, Klienten der sozialen Dienste eine Wohnsituation zu verschaffen, die ihnen auch eine Perspektive bietet. Damit sie mit einem tiefen Mietzins ein eigenständiges Leben aufbauen und sich von der staatlichen Unterstützung loslösen können.*

Weitere Wortmeldungen:

**Cordula Bieri (Grüne):** *Die in der Antwort auf die Interpellation erwähnten Massnahmen sind mit Ausnahme des erwähnten Pilotverfahrens alle bereits länger umgesetzt. Diese mögen für viele sehr hilfreich sein, doch gibt es immer wieder Einzelpersonen und Familien, die durch die Maschen fallen. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, dass bezahlbarer Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten eine Herausforderung sei. Doch die meisten, die über ein regelmässiges Einkommen verfügen, müssen nicht zu viert in einer Zweizimmerwohnung wohnen. Es ist selten so existenziell wie für Menschen, die am Existenzminimum leben. Sozialarbeitenden fehlen oftmals die Zeit und die Ressourcen, um ihre Klienten bei der Wohnungssuche zu unterstützen. Es gibt zudem noch zahlreiche Leute, die knapp über oder unter dem Existenzminimum leben und keine Sozialhilfe beziehen. Diese haben niemanden, an den sie sich wenden können.*

*Ich finde es begrüssenswert, dass die Stadt überprüft, wie sie die Wohnsituation von Menschen am Existenzminimum verbessern kann, und das Angebot je nachdem ergänzt.*

**Isabel Garcia (GLP):** *Wir finden es gut und wichtig, dass seit 2014 eine umfassende und koordinierte Kontrolle in den Brennpunktliegenschaften stattfindet. Mit der Feststellung der Mängel in einer Liegenschaft müssen die Auflagen an die Vermieter erteilt werden, bis hin zu einer Mängelklage. Wir hoffen, dass die Stadtverwaltung wirklich an dieser Thematik festhält, hinsichtlich der gesellschaftlichen Entwicklung wie auch der Mietpreisentwicklung.*

**Roberto Bertozzi (SVP):** *Grundsätzlich unterstützen wir die Anliegen der Interpellation. Wir erachten eine Diskussion über das Thema als wichtig. Die Praxis der Vermietung von übersteuerten Wohnungen an Sozialhilfeempfänger besteht bei gewissen Vermietern schon länger. Die Stadt muss angemessen darauf hinwirken, dass die missbräuchlichen Mietverträge nicht mehr zustande kommen. Wir sehen vor allem bei den kontingentierten Sozialhilfebezügern, vorwiegend Asylanten, einen Handlungsspielraum. Man könnte mit «Züri-Modular»-ähnlichen Pavillons gewisse Zwischenlösungen anbieten. Eine vertiefte Abklärung ist in diesem Bereich wichtiger als eine schnelle Abklärung.*

**Pascal Lamprecht (SP):** *Das Ärgernis der übersteuerten Wohnungen kann nicht so einfach aus der Welt geschafft werden. Das Sozialdepartement soll die betroffenen Mieter weiterhin aktiv auffordern, sich zu wehren, und sie dabei intensiv begleiten. Es ist ein guter Ansatz, dass Problemliegenschaften neuerdings erfasst und genauer unter die Lupe genommen werden. Die Stadt ist froh um jede Wohnung und ein Grossteil der Vermieter sind Partner. Ein grosses Gebäude für die Betroffenen wäre sicher nicht die optimale Lösung. Das Sozialdepartement sollte in Zukunft gegenüber schlimmen Vermietern noch konsequenter vorgehen und vor allem Familien mit Kindern aus solchen Häusern entsprechend umplatzieren.*

**Andreas Egli (FDP):** *Auch wir sind der Meinung, dass die Stadt mit der dringlichen Antwort auf einem guten Weg ist. Unser Fazit ist, der Problematik mit mietrechtlichen Mitteln zu begegnen. Der Mieterverband ist dort ein guter Partner. Wir fänden es gut, noch mehr Unterstützung für unser Anliegen zu gewinnen, einen grösseren Anteil von effektiv Bedürftigen im subventionierten Wohnungsbau unterzubringen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

**STR Raphael Golta:** *Wir können in all den angesprochenen Themenbereichen noch zusätzliches Engagement erbringen. Daran arbeiten wir zur Zeit. Wenn nicht jeder Vorstoss direkt dringlich erklärt würde, hätten wir allerdings auch noch mehr Zeit, dies eingehender auszuarbeiten. Insbesondere im Bereich der Beratung sind wir froh, wenn die entsprechenden Ressourcen gesprochen werden.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat